

Fragen

**für die Fragestunde der 147. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Dezember 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	1, 2	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	31, 49
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	29, 30	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	4, 5
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	53	Leibrecht, Harald (FDP)	20, 21
Burgbacher, Ernst (FDP)	16, 17	Löning, Markus (FDP)	14, 15
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	27, 28	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	42, 43
Daub, Helga (FDP)	18, 19	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	7, 8 (CDU/CSU)
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU) ..	12, 13	Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)	35, 36
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	32, 54	Pau, Petra (fraktionslos)	6, 37
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	44	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	9, 10
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	11, 50
Hohmann, Martin (fraktionslos)	24, 25	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	45, 46	Spahn, Jens (CDU/CSU)	3, 26
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	47, 48	Vogel, Volkmar Uwe (CDU/CSU)	51, 52
Königshaus, Hellmut (FDP)	57, 58	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	55, 56
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	40, 41	Dr. Westerwelle, Guido (FDP)	22, 23

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den jüngsten Vereinfachungsvorschlag der Landesregierung Sachsen-Anhalt zum geplanten europäischen Registrierungssystem für Chemikalien (REACH), das eine Erfassung der Chemikalien nach Risikogruppen vorsieht, und wie wird die Bundesregierung diesen Vorschlag aus Sachsen-Anhalt unterstützen?
2. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen (Mitteldeutsche Zeitung) bestätigen, wonach der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, kurz vor der Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren für das Bauvorhaben zur Vollendung des Saaleausbaus in einem Brief an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, gefordert haben soll, das entsprechende Raumordnungsverfahren nicht zu beginnen, und welche rechtliche Bedeutung hätte ein solches Schreiben des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, für das Verwaltungsverfahren zu diesem Projekt des Bundesverkehrswegeplanes?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und
Soziale Sicherung**

3. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen und Aktionen sind nach Vorlage des Berichtes und Aktionsplanes der Task Force zur Verbesserung der Standortbedingungen und der Innovationsmöglichkeiten der pharmazeutischen Industrie in Deutschland, vorgelegt im Juni 2004, von der Bundesregierung bisher unternommen worden, um die im Bericht beschriebenen Handlungsempfehlungen umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

4. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung entschieden, das Fachgebiet „Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege“ aus dem Forschungsförderungsprogramm „FH 3“ (ehemals aFuE-Programm) herauszunehmen, und wie viele Mittel aus diesem Programm sind in den Jahren 1992 bis 2003 jährlich in den Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege geflossen?
5. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel standen in den Jahren 1992 bis 2003 jährlich für das gesamte Forschungsförderungsprogramm „FH 3“ (aFuE-Programm) zur Verfügung, und wie sieht die jährliche Finanzplanung für die kommenden Jahre über 2007 hinaus aus?
6. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Treffen Medienmeldungen zu, nach denen die Ämter für die Gewährung von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz Angaben in den Anträgen von Schülern und Studenten mit Daten, die beim Bundesamt für Finanzen gespeichert sind, abgleichen (APD vom 21. November 2004), und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage geschieht dies?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
(CDU/CSU)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das kürzlich vom polnischen Sejm beschlossene Minderheitengesetz nicht dem auch von Warschau unterzeichneten Rahmenschutzabkommen über Minderheiten des Europarates genügt, und inwieweit erkennt die Bundesregierung an, dass das Minderheitengesetz in der vom Sejm beschlossenen Fassung auch gegen Geist und Inhalt des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991, zum Beispiel im Hinblick auf die Verwendung von Deutsch als „Hilfssprache“ im Behördenverkehr (Artikel 21), verstößt?

- | | |
|---|---|
| 8. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)
(CDU/CSU) | Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, mit der polnischen Seite darüber zu sprechen, dass das vom polnischen Sejm beschlossene Minderheitengesetz deutlich hinter dem Gesetzentwurf vom 17. März 2004 zurückbleibt, und ist die Bundesregierung ferner bereit, mit der polnischen Seite über Verbesserungen zum Wohle der deutschen Minderheit in Polen zu verhandeln? |
| 9. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vor dem Beschluss des Rates der Europäischen Union zum Abschluss eines jeden Verhandlungskapitels mit der Türkei die Möglichkeit zur Stellungnahme i. S. d. Artikels 23 Abs. 2 und 3 Grundgesetz geben? |
| 10. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche Szenarien hält die Bundesregierung in Bezug auf die Auswirkungen eines EU-Beitritts der Türkei auf die Höhe der deutschen Nettozahlungen für wahrscheinlich, und welche Erhöhungen der deutschen Nettozahlungen ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit zu akzeptieren? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Andreas
Schockenhoff
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Anstrengungen unternommen, um auf europäischer Ebene Zustimmung und Teilnehmer für eine Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan zu gewinnen, und wenn ja, welche?*) |
| 12. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Hat der Bundeskanzler Gerhard Schröder auf seiner Reise nach China die Haltung der chinesischen Regierung im UN-Sicherheitsrat zum Thema Sudan angesprochen, und falls ja, welche Ergebnisse zieht die Bundesregierung aus diesen Gesprächen? |
| 13. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Rechnet die Bundesregierung damit, dass das Bundeswehrunterstützungsmandat im Sudan nach dem Ablauf von sechs Monaten verlängert wird, und will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das Mandat nach dem Ablauf in eine ESVP-Mission umgewandelt wird? |

*) Siehe hierzu auch Frage 50.

14. Abgeordneter
**Markus
Löning**
(FDP)

Liegt inzwischen ein weiterentwickelter verbindlicher EU-Verhaltenskodex vor dem Hintergrund vor, dass der Deutsche Bundestag am 28. Oktober 2004 den von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“ auf Bundestagsdrucksache 15/4035 beschlossen hat, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „bis zum Vorliegen einer anderen verbindlichen Regelung der EU – etwa in Form eines weiterentwickelten verbindlichen EU-Verhaltenskodex – an dem EU-Waffenembargo mit der Volksrepublik China festzuhalten“?

15. Abgeordneter
**Markus
Löning**
(FDP)

Gibt es in der Volksrepublik China die vom Deutschen Bundestag in seinem Beschluss vom 28. Oktober 2004 zu dem von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“ auf Bundestagsdrucksache 15/4035 verlangten Fortschritte bei „der raschen Ratifizierung und Umsetzung des VN-Paktes über politische und bürgerliche Rechte, der weiteren Umsetzung der jüngsten Verfassungsänderungen im Bereich der Menschenrechte und des Privateigentums“ sowie „einer Stärkung substantieller Autonomierechte für ethnische Minderheiten“, vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in dem Beschluss vom 28. Oktober 2004 auffordert, eine Aufhebung des EU-Waffenembargos bei diesen Fortschritten in Betracht zu ziehen?

16. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)

Wird die Bundesregierung sich vor dem Hintergrund, dass der niederländische EU-Ratsvorsitzende, Jan Peter Balkenende, in der vergangenen Woche die im Kommuniqué zum EU-China-Gipfeltreffen ausgesprochene Bereitschaft der EU, „weiterhin für eine Aufhebung des Waffenembargos (gegenüber der Volksrepublik China) zu arbeiten“ eingeschränkt und erklärt hat, es gebe „keine Garantie“ dafür, dass dies in nächster Zeit geschehen werde, trotzdem weiter dafür einsetzen, dass das Embargo möglichst schnell aufgehoben wird (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Dezember 2004, S. 6)?

17. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)

Wird die Bundesregierung die von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf seiner jüngsten China-Reise gegenüber Peking wiederholte Zusage, sich für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos einzusetzen, einhalten und das Thema beim Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2004 ansprechen, obwohl die

niederländische Präsidentschaft das Waffenembargo bisher nicht auf die Tagesordnung des Rates gesetzt hat und der Entwurf der Schlussfolgerungen dazu keine Aussagen enthält?

18. Abgeordnete
**Helga
Daub**
(FDP)

Welche Waffensysteme könnten nach einer eventuellen Aufhebung des EU-Waffenembargos aus Deutschland oder den EU-Staaten konkret nach China exportiert werden?

19. Abgeordnete
**Helga
Daub**
(FDP)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass auch nach einer eventuellen Aufhebung faktisch aufgrund nationaler Exportbeschränkungen weder aus Deutschland noch aus anderen EU-Ländern mehr Waffen nach China geliefert werden könnten, und es eher um ein „Signal“ gegenüber der chinesischen Führung gehe, und wenn ja, was will die Bundesregierung der chinesischen Führung mit einer Aufhebung des EU-Waffenembargos signalisieren?

20. Abgeordneter
**Harald
Leibrecht**
(FDP)

Gibt es, vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag am 28. Oktober 2004 den von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“ (Bundestagsdrucksache 15/4035) beschlossen hat, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, für eine eventuelle Aufhebung des Waffenembargos als entscheidungsrelevanten Aspekt die „friedliche Streitbeilegung mit Taiwan“ in Betracht zu ziehen, Anzeichen dafür, dass die Spannungen an der Taiwan-Straße und vor allem die chinesischen Drohgebärden inzwischen reduziert oder gar eingestellt wurden?

21. Abgeordneter
**Harald
Leibrecht**
(FDP)

Fühlt die Bundesregierung sich an konkrete Beschlüsse des Deutschen Bundestages zu außenpolitischen Fragen gebunden, oder sieht sie diese als bloße, für die Bundesregierung nicht verbindliche Meinungsäußerungen der gewählten Volksvertreter an?

22. Abgeordneter
**Dr. Guido
Westerwelle**
(FDP)

Teilt der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, die Auffassung des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, dass das EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China aufgehoben werden soll?

23. Abgeordneter
**Dr. Guido
Westerwelle**
(FDP)

Wie ist die Tatsache, dass die Bundesregierung in ihrem letzten, vom Auswärtigen Amt zu verantwortenden Menschenrechtsbericht vom 6. Juni 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9323) gegenüber der Volksrepublik China scharfe Kritik äußert an der „in allen politischen Fragen zentral und straff gelenkten Presse“, an Verurteilungen „ohne faire Gerichtsverfahren“ „zu unverhältnismäßig hohen Freiheitsstrafen“, an „besonderer Härte“ gegenüber separatistischen Bewegungen, an der „intensiven Verfolgung“ von und an „Repressalien“ gegenüber religiösen Gruppen, an der „nach wie vor häufigen“, ja „sogar noch zugenommen habenden“ Verhängung der Todesstrafe, in Einzelfällen „nach Prozessen, die rechtsstaatlichen Erfordernissen nicht genügen“ sowie an der „Unterdrückung der tibetischen Kultur“, zu vereinbaren mit der Tatsache, dass die Bundesregierung sich quasi zum europäischen Vorreiter für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China gemacht hat?

24. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(fraktionslos)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Tätigkeit des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten, und trifft es insbesondere zu, dass diese staatliche, dem Ministerpräsidenten unterstehende Behörde über 90 000 Mitarbeiter (so Bild am Sonntag vom 5. Dezember 2004, S. 20) und einen Jahresetat von 471,4 Mio. Euro (so Otmar Oehring, Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit, S. 40) verfügt und diese Mittel praktisch ausschließlich zur Förderung der sunnitischen Muslime einsetzt, während nichtislamische, christliche und jüdische Gläubige und Institutionen keinerlei Förderung erhalten?

25. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(fraktionslos)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der heutigen Türkei noch über 20 Prozent Christen lebten, während es heute noch 0,1 Prozent sind, und dass der Anteil der christlichen Bevölkerung von Istanbul seit 1914 von 46 Prozent auf derzeit ca. 1 Prozent gesunken ist (Pfarrer Gerhard Duncker, Christen in der Türkei in „Verfolgte Christen heute“. Dokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung), und wie ist – gegebenenfalls – dieser Rückgang zu erklären?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 26. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) | Wird der Jugendverband Jungdemokraten/Junge Linke noch vom Verfassungsschutz beobachtet, und wenn nein, warum nicht? |
| 27. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) | Welchen Einfluss hat oder hatte die Bundesregierung auf den Abschluss von Sponsorenverträgen zur Fußball-WM 2006 in Deutschland, wie z. B. auf den Exklusivvertrag mit einem namhaften amerikanischen Getränkehersteller, wonach dieser in allen zwölf deutschen WM-Städten auch außerhalb der Stadien auf zahlreichen WM-Festen vor Großleinwänden als Sponsor für alle alkoholfreien Getränke exklusiv zuständig ist, und wie beurteilt sie dies vor dem Hintergrund ihrer Programme und Aktionen, wie z. B. der Plattform „Ernährung und Bewegung“ oder der Aktion „Kinder-Leicht“? |
| 28. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung das durch diesen Exklusivvertrag entstehende Verbot des Verkaufs und der Bewerbung von Milch und Milchprodukten bei der Fußball-WM 2006 in Deutschland, und wie begründet sie ihre Haltung? |
| 29. Abgeordneter
Clemens Binninger
(CDU/CSU) | Trifft die Meldung der „WirtschaftsWoche“ vom 2. Dezember 2004 zu, dass sich die Ausschreibung für das neue Digitalfunknetz für Polizei und andere Sicherheitsbehörden verzögert, und wenn ja, warum? |
| 30. Abgeordneter
Clemens Binninger
(CDU/CSU) | Rechnet das Bundesministerium des Innern mit zusätzlichen Kosten, die durch die verzögerte Ausschreibung entstehen, und wenn ja, in welcher Höhe? |
| 31. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen haben die strukturellen Veränderungen bei der Bundeswehr auf die Bewältigung von Naturkatastrophen und Großschadenslagen, und wie wird der Zivil- und Katastrophenschutz angesichts des erheblichen Abbaus von Personal und Ausrüstung bei der Bundeswehr weiter gewährleistet?*) |

*) Siehe hierzu auch Frage 49.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Wie haben sich nach der Fallzahl und nach den bewilligten Fördersummen die Neuzusagen für die Eigenheimzulage in den Jahren 2002, 2003 und im Jahr 2004 – soweit vorliegend oder als Schätzung – entwickelt?*)
33. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Ist die Forderung der Bundesregierung, den europäischen Haushalt in der neuen EU-Finanzperiode 2007 bis 2013 auf 1 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens zu begrenzen, mit den Vorschlägen der EU-Kommission zur künftigen europäischen Strukturpolitik vereinbar, und wenn nein, wie würde sich die künftige Förderkulisse in Deutschland im Unterschied zu den Vorschlägen der EU-Kommission verändern, wenn der europäische Haushalt entsprechend der Forderung der Bundesregierung begrenzt wird?
34. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gewillt, die nationalen Handlungsspielräume in der Regionalpolitik zu erweitern bzw. solche von der Europäischen Union zurückzugewinnen, und wenn ja, welche konkreten Vorschläge auf europäischer Ebene wurden dafür durch die Bundesregierung bereits eingebracht?
35. Abgeordneter
Stefan Müller (Erlangen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, dass die das Anlegerschutzverbesserungsgesetz konkretisierenden Rechtsverordnungen sowie der Emittentenleitfaden der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht noch nicht zur Verfügung stehen, obwohl wesentliche Teile des Gesetzes bereits Ende Oktober 2004 in Kraft getreten sind und daher angewendet werden müssen?
36. Abgeordneter
Stefan Müller (Erlangen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eventuelle Verstöße gegen das Anlegerschutzverbesserungsgesetz, die dadurch entstehen könnten, dass das Gesetz klarstellende Rechtsverordnungen und Interpretationshilfen noch nicht erlassen wurden?

*) Siehe hierzu auch Frage 54.

37. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Treffen Meldungen in den Medien zu, nach denen Daten von Personen, die der Schwarzarbeit verdächtigt werden bzw. welche in einem Verfahren wegen angeblicher Schwarzarbeit freigesprochen worden sind, in einer zentralen Datenbank der Zollverwaltung gespeichert werden (Handelsblatt vom 17. November 2004), und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage geschieht dies?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

38. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das industriepolitische Handeln der französischen Regierung, insbesondere im Zusammenhang mit der Besetzung der Führungspositionen bei EADS/Airbus zunehmend interventionistischer ist, und welche konkreten Gesprächstermine haben diesbezüglich zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung stattgefunden?
39. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, deutsche Unternehmen vor dem Hintergrund des industriepolitischen Dominanzstrebens der französischen Regierung (z. B. im Zusammenhang mit EADS/Airbus, Aventis-Sanofi) zu unterstützen, und welches konkrete deutsche Konzept für eine faire und wettbewerbsorientierte deutsch-französische Industriepolitik verfolgt die Bundesregierung?
40. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass den Landkreisen aufgrund der Umsetzung von Hartz IV zum 1. Januar 2005 im Kreishaushalt zum Teil erhebliche Mehrausgaben entstehen, so z. B. rund 5 Mio. Euro im Landkreis Delitzsch, rund 3 Mio. Euro im Landkreis Torgau-Oschatz und rund 2,8 Mio. Euro im Landkreis Riesa-Großenhain?
41. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie lassen sich diese Mehrausgaben mit der von der Bundesregierung angekündigten Entlastung der Kommunen in Deutschland aufgrund der Umsetzung von Hartz IV in Höhe von 2,5 Mrd. Euro vereinbaren, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Mehrbelastung insbesondere der sächsischen Landkreise zu unternehmen?

- | | |
|--|---|
| 42. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Wie ist der Versicherungsschutz (z. B. Haftpflicht und Unfallversicherung) für so genannte 1-Euro-Jobber geregelt? |
| 43. Abgeordnete
Dr. Gesine
Löttsch
(fraktionslos) | Wie will die Bundesregierung die Kommunen finanziell unterstützen, deren Belastungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung höher sind als die Entlastung bei der Sozialhilfe, und verfügt die Bundesregierung über Prognosen, wie viele Kommunen davon betroffen sein werden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

- | | |
|--|---|
| 44. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass zurzeit bei Zwiebeln ein Überangebot besteht, deshalb teilweise am Markt nur noch Erlöse von 1 Euro pro 100 kg erzielt werden, und welche Möglichkeit sieht sie, um betroffenen Zwiebelbauern zu helfen, damit sie einen eventuell nicht einkalkulierten Verlust verkraften können? |
| 45. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Zu welchem Zeitpunkt erfolgt für die deutschen Landwirte die Erstzuteilung von Zahlungsansprüchen auf der Grundlage der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahre 2005? |
| 46. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Welcher Auszahlungstermin für die Zahlungsansprüche auf Grundlage der Gemeinsamen Agrarpolitik ist für das Jahr 2005 vorgesehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| 47. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) | Hat die Betriebsleitung Bundesbau Baden-Württemberg der Oberfinanzdirektion Karlsruhe in Absprache mit dem Bundesministerium der Finanzen in Verfahrensstandschaft für die amerikanischen Streit- |
|--|---|

kräfte die für ein luftverkehrsrechtliches Änderungs-genehmigungsverfahren zum Ausbau der Start- und Landebahn des von den US-Streitkräften genutzten Coleman-Flughafens in Mannheim-Sandhofen erforderlichen Antragsunterlagen erstellt?

48. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Hat die zuständige Wehrbereichsverwaltung Süd das zum Ausbau der Start- und Landebahn des von den US-Streitkräften genutzten Coleman-Flugplatzes in Mannheim-Sandhofen erforderliche luftverkehrsrechtliche Genehmigungsverfahren bereits eingeleitet oder, falls dies nicht der Fall ist, wann wird sie dieses Verfahren einleiten?

49. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung den zwangsläufigen Folgen aus dem Umbau der Bundeswehr für die Hilfsorganisationen im Hinblick auf die Verringerung des Potentials der Ersatzdienstleistenden und ehrenamtlich Tätigen wirksam begegnen?*)

50. Abgeordneter
**Dr. Andreas
Schockenhoff**
(CDU/CSU)

Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung für die deutschen Streitkräfte, die zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS entsandt worden sind, aus der Aussage der sudanesischen Regierung, man habe keine Einwände gegen die deutsche Hilfe für den Lufttransport nach Darfur, solange die deutschen Truppen dort keine Basis errichten und am Ort bleiben (Kölner Stadtanzeiger vom 8. Dezember 2004)?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

51. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Wann wird die von der Deutschen Bahn AG (DB AG) vorgelegte Finanzierungsvereinbarung zum 2. Bauabschnitt des Knotens Erfurt in Höhe von 92 Mio. Euro (laut Mittelfristplanung 2004 bis 2008) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen unterzeichnet?

*) Siehe hierzu auch Frage 31.

**) Siehe hierzu auch Frage 11.

52. Abgeordneter
**Volkmar Uwe
Vogel**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die u. a. durch die noch nicht unterzeichnete Finanzierungsvereinbarung eingetretenen Auswirkungen der Bauverzögerung am Knoten Erfurt für andere tangierende Strecken, wie z. B. der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung (MDV) sowie der Strecken nach Schweinfurt, Sangerhausen und Göttingen, insbesondere in Bezug auf Kundenzufriedenheit, Fahrdauer, Fahrgastaufkommen und zusätzliche Kosten für die DB AG und ihr Tochterunternehmen Station & Service?

53. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)

Welche der im Bundesland Niedersachsen (Hafen Brake, Hafen Varel, Hafen Cuxhaven, Reede Cuxhaven, Glückstadt, Hafen Emden, Reede Deutsche Bucht, Hafen Wilhemshaven, Reede Wilhemshaven, Hafen Nordenham, Helgoland), im Bundesland Bremen (Hafen Bremen, Hafen Bremerhaven), im Bundesland Hamburg (Hafen Hamburg), im Bundesland Schleswig-Holstein (Brunsbüttel, Husum, Rendsburg, Reede Husum, Büsum, Hafen Flensburg, Geltinger Bucht, Glücksburg, Hafen Langballigau, Hafen Kiel, Reede Kieler Bucht, Hafen Olpenitz, Hafen Eckernförde, Hafen Neustadt, Fehmarn, Travemünde, Hafen Lübeck, Reede Lübecker Bucht), im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (Hafen Wismar, Reede Wismar, Hafen Rostock/Warnemünde, Reede Warnemünde, Hafen Stralsund, Reede Rügen, Hafen Sassnitz, Hafen Greifswald, Reede Greifswalder Eue, Reede Swinemünde) u. a. von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der EU-Kommission diskutierten Notliegehäfen und -plätze sind von der Bundesregierung im Rahmen der Ausweisung entsprechend des „Erika-II-Pakets“ nicht nach Brüssel gemeldet worden?

54. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Welche größenmäßigen Veränderungen gegenüber dem bisherigen Stand hat es im Jahr 2004 infolge der Neuregelung der Förderbedingungen für die Eigenheimzulage, unter besonderer Berücksichtigung der Altbausanierung und der Familiengröße, gegeben, und lässt sich daraus eine Abschätzung für das kommende Jahr ableiten?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 32.

55. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Schwierigkeiten konkret rechnet die Bundesregierung zum Betriebsstart des Lkw-Mautsystems am 1. Januar 2005 an den Grenzübergängen zwischen Deutschland und Frankreich vor dem Hintergrund der Äußerungen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, in „DIE WELT“ vom 6. Dezember 2004 dazu, dass die französischen Fuhrunternehmen bisher nur wenige Mautgeräte (On-Board-Units) in ihren Fahrzeugen verbaut haben?
56. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um Behinderungen im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Frankreich und Deutschland in der Startphase der Lkw-Maut vermeiden oder gegebenenfalls zügig auflösen zu können?
57. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, meine mündlichen Fragen 35 und 36 für die Fragestunde am 1. Dezember 2004 (Bundestagsdrucksache 15/4284) vollständig zu beantworten, insbesondere dazu Stellung zu nehmen, weshalb das Eisenbahnbundesamt (EBA) in dem Planfeststellungsbeschluss vom 31. Mai 2001 in Kenntnis der von der Bundesregierung in der Beantwortung meiner mündlichen Frage 17 in der Fragestunde am 10. November 2004 durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Achim Großmann, genannten Umstände (Plenarprotokoll 15/137, S. 12557 B) und im Gegensatz zu der sich daraus ergebenden zwingenden Folge, dass wegen der Verschleppung des Anhörungsverfahrens zur Planfeststellung der Dresdner Bahn zusätzlicher Verkehr über die Anhalter Bahn geleitet werden muss, den Anspruch der Anwohner auf Lärmschutz mit der Begründung zurückweisen konnte, es gebe „gegenwärtig keine Anhaltspunkte dafür, dass Verkehr von der Dresdner Bahn über die Anhalter Bahn geleitet wird“, und wie die Bundesregierung es rechtlich, insbesondere auch strafrechtlich, bewertet, dass die Vorhabensträgerin und das EBA diese Behauptung auch im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht aufrechterhielten?
58. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Ist die Bundesregierung ferner bereit, dafür Sorge zu tragen, dass vor Inbetriebnahme der Strecke, die für 2006 vorgesehen ist, noch diejenigen Lärmschutzeinrichtungen errichtet werden, die bei dem ausweislich der Antworten auf die vorgenannten Fragen tatsächlich zu erwartenden Verkehrsaufkommen zuerkannt werden müssen?

